

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 54 (1960)
Heft: 9

Artikel: Wiedervereinigung oder Freiheit? : Ein Brief an Prof. K. Jaspers, Basel
Autor: Bartsch, Hans-Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140481>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

digen. Warum sollen wir da nicht das Maximum an geistiger und moralischer Kraft mobilisieren gegenüber dem Maximum an dämonischer Bedrohung?

G. S. Huber

Aus «Der Christ in der Welt», Juli/August 1960

Wiedervereinigung oder Freiheit?

Ein Brief an Prof. K. Jaspers, Basel

Sehr verehrter Herr Professor!

Sie werden auf Ihre im deutschen Fernsehen übertragene Rede eine Flut von Zuschriften erhalten haben, so daß es fast als Zumutung erscheint, wenn ich Ihnen daraufhin schreibe, obwohl ich die Rede nur durch die Presse kenne. Da meine beiden Jüngsten noch sieben und zwölf Jahre alt sind, habe ich noch keinen Fernsehapparat angeschafft, da man nach einem mir richtig erscheinenden Bonmot von einem Fernsehapparat Fingerabdrücke leicht entfernen kann, Fliegen und andere Insekten schon schwieriger, Kinder überhaupt nicht. Ich muß es darum allerdings in Kauf nehmen, daß ich auch mich interessierende Sendungen versäume. Mir scheint allerdings, daß die Presseberichte es mir doch erlauben, Ihnen zu zwei Punkten etwas zu schreiben.

1. Bitte nehmen Sie die zahlreichen amtlichen und privaten Mißfallensäußerungen über Ihre Stellungnahme zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten als ebenso spontan wie die Klänge eines Schlagers aus einem Musikautomaten, in den man einen Groschen geworfen hat. Wo immer dieses Schlagwort fällt, sind derartige Stimmen zu hören. Ihr Gewicht entspricht allerdings im umgekehrten Verhältnis ihrem Pathos. Die am lautesten für die Wiedervereinigung eintreten, sind am wenigsten bereit, dafür Opfer zu bringen, vor allem, soweit es sich um politische Opfer handelt, etwa um die Aufgabe einer politischen Doktrin, wie die, daß man mit Pankow nicht verhandeln kann. (Vorher waren es andere Doktrinen, wie der Gegensatz zu einer militärischen Neutralität Gesamtdeutschlands.) Daneben allerdings spielt auch das Wirtschaftliche eine Rolle. Kaum jemand ist bereit, vom «Wirtschaftswunder» etwas preiszugeben, um dadurch der Wiedervereinigung zu dienen. Nicht wenige haben Angst vor jenem Tag, der jetzt in so weite Ferne gerückt zu sein scheint, weil dieser Tag wirtschaftliche Opfer fordert, wie es nicht anders möglich ist bei dem Gefälle, das in bezug auf Kapitalinvestitionen zwischen der Bundesrepublik und der DDR besteht.

Aber so nüchterne, sachliche Erwägungen, wie Sie sie anstellen, dürfen auch dann nicht laut werden, wenn sie jedem einleuchten, weil das Schlagwort «Wiedervereinigung» allein den Weg der Bundesrepu-

blik rechtfertigen kann. Ich persönlich stimme Ihren Gedanken auch insoweit zu, als sie gegen den deutschen Nationalismus gerichtet sind und der Existenz eines deutschen Nationalstaates überhaupt keine Notwendigkeit beimessen. Daß dennoch bei den meisten Bürgern der Bundesrepublik ein Verlangen nach einer Wiedervereinigung besteht, sei es rein menschlich durch persönliche Bindungen bedingt, sei es romantisch begründet in dem Wunsch nach einem deutschen Nationalstaat oder sei es endlich ethisch begründet in der Verpflichtung gegenüber den Bürgern des anderen deutschen Staates, die wir nicht einfach durch die Aufspaltung des Landes loswerden, das werden Sie sicher verstehen.

2. Ich würde Ihnen ebenso bereitwillig in dem zweiten Punkt zustimmen, daß es nur darauf ankommt, daß in der DDR wirkliche Freiheit herrscht, wenn ich davon überzeugt sein könnte, daß diese Freiheit wirklich von den sogenannten «freien Wahlen» abhängt. Ich darf Ihnen in bezug auf dieses schillernde Wort «Freiheit» vielleicht ein wenig von der «Freiheit» eines Bundesbürgers berichten, der in Opposition zur Politik der Regierung steht, und zwar nicht nur in der braven Opposition einer Partei des Bundestages, sondern in wirklicher Opposition. Zunächst unterscheidet sich die Position eines solchen Oppositionellen bei den Wahlen kaum von der eines Bürgers der DDR. Auch in der Bundesrepublik können wir nur einer Politik in verschiedenen Schattierungen unsere Stimme geben, keineswegs aber einer grundsätzlich anderen Politik, weder außenpolitisch noch innenpolitisch. Diese Freiheit haben wir verspielt, als die Parteinahme für den Westen zur Voraussetzung aller noch verbleibenden «Freiheit» gemacht wurde und die Möglichkeit einer Neutralität oder einer dritten Kraft als Illusion verspottet und bald als kommunistische Unterwanderung verdächtigt wurde. Bitte, sagen Sie mir, welcher Unterschied besteht heute noch zwischen einem Bürger der DDR, der nur eine Einheitsliste wählen kann, und einem Bürger der Bundesrepublik, der nur unter den immer schwächer werdenden Schattierungen einer Partei wählen kann? Meines Erachtens ist der einzige Unterschied, daß dem Bürger der Bundesrepublik unangefochten das Recht bleibt, daß er überhaupt nicht wählt, wie es offensichtlich immer mehr geübt wird.

Was «Freiheit» im übrigen in der Bundesrepublik heißt, kann ich Ihnen nur kurz an einigen Schlagworten beziehungsweise Namen illustrieren. Es bedeutet, daß der wesentlich Mitbeteiligte an den Nürnberger Rassengesetzen, Globke, bis heute unangefochten die rechte Hand des Bundeskanzlers ist, daß in seinen Händen wesentliche Fäden der Politik zusammenlaufen, daß der Henker des Warschauer Aufstandes, Reinefarth, nicht nur im Schleswig-Holsteinischen Landtag sitzt, sondern dazu noch Bürgermeister von Westerland ist, daß die deutsche Justiz, wie kürzlich der Prozeß gegen den Mördergeneral

Simon zeigt, keineswegs von nazistischem Denken frei ist, wie die Säuberung von Männern mit nazistischer Vergangenheit immer erneut aufgeschoben und verhindert wird. Das ist Freiheit in der Bundesrepublik. Sie hat die Kehrseite, daß Frau Professor Riemeck ihr Amt im Prüfungskollegium und damit praktisch ihre Lehrtätigkeit verlor, weil sie «Ostkontakte» hatte. Das bezog sich auf drei Reisen in die DDR zu Universitätsjubiläen, denen ein Dutzend Reisen etwa nach England gegenüberstehen. Es bedeutet, daß ein Göttinger Kreistagsabgeordneter verhaftet und vier Monate in Untersuchungshaft gehalten wird wegen «Verdachts der Staatsgefährdung», ohne daß ein ordnungsgemäßer Haftprüfungstermin abgehalten worden wäre, bei dem der Verhaftete Gelegenheit gehabt hätte, sich zu äußern. Er berichtet dagegen von Verhören, die mich lebhaft an Verhöre vor der Gestapo aus den *ersten* Jahren des Hitler-Regimes erinnern. Diese «Freiheit» bedeutet, daß zur 15. Wiederkehr der Bombe auf Hiroshima keine Gedenkkundgebung in Gießen sein konnte, weil der Verdacht bestand, daß für diese Kundgebung auch Kommunisten geworben haben könnten. Weder gegen die Veranstalter noch gegen die Redner war etwas einzuwenden. Diese «Freiheit» bedeutet, daß der Bundeskanzler sich über das Grundgesetz skrupellos hinwegsetzen kann, das die Kulturhoheit der Länder garantiert, um rasch noch für den Wahlkampf ein Fernsehprogramm ausstrahlen lassen zu können, bei dem er das letzte Wort hat. Dies setzt er gegen den Willen sämtlicher Länder durch. Das ist die «Freiheit» der Bundesrepublik.

Vielleicht verstehen Sie, daß ich darum den mir formal erscheinenden Maßstab «freier Wahlen» für nicht mehr ausreichend halte, und meine Kritik wäre, daß Sie Ihren Begriff der Freiheit allzu formal verstehen und ihn dadurch einer politisch mißbräuchlichen Verwendung aussetzen.

Ich habe 1957 versucht, meinem Band *Kerygma und Mythos III* ein Referat über Ihre Antwort auf Bultmanns Replik anzufügen.* Ich weiß nicht, ob ich dabei Ihre Gedanken immer richtig getroffen habe. Dieses Referat stellte ich unter den Titel «Freiheit und Liberalität». Ich fühlte mich dazu berechtigt, weil Sie den letzten Begriff verschiedentlich verwandten. Ich frage mich, ob nicht ein ähnlicher Unterschied auch jetzt mich hindert, Ihrem Vortrag zuzustimmen. Wenn man die Freiheit wie Bultmann als Geschenk der Gnade Gottes versteht, das uns in der Begegnung mit seinem Wort widerfährt und uns die Eigentlichkeit der Existenz schenkt, dann wird der Unterschied zwischen der Bundesrepublik und der DDR nicht mehr wesentlich unter dem Begriff Freiheit verstanden werden können, dann werden wir hier und dort gegen einen Eingriff in diese geschenkte Freiheit von Fall zu Fall uns auflehnen müssen. Wir werden aber vor allem den formalen Maßstab der Wahlen aufgeben. Wir werden den Unter-

* Bezieht sich auf Professor Jaspers' Beitrag zur Entmythologisierungsdebatte.

schied dann eher in dem Gegensatz, der Ost und West trennt, sehen: Kapitalismus als Wirtschafts-, Gesellschafts- und Produktionsordnung gegenüber einem System, das beansprucht, Sozialismus zu heißen, dessen Recht auf diesen Begriff wir prüfen müssen.

Bei diesem Gegensatz scheint es mir wesentlich zu sein, daß er auf dem Gebiet ausgetragen wird, auf dem er am ersten sichtbar wird, das heißt wirtschaftlich. Daß der Gegensatz aber zu einem wirtschaftlichen Wettbewerb und zu nichts anderem führt — vor allem nicht zu einer machtpolitischen militärischen Auseinandersetzung —, das muß unser aller Bemühen sein. Und dazu, meine ich, habe nun das deutsche Volk dennoch eine weltpolitische Aufgabe, in deren Zusammenhang die Wiedervereinigung Bedeutung gewinnt.

Zwischen der Bundesrepublik und der DDR ist der Gegensatz zwischen Ost und West am schärfsten, weil hier die Schnittfläche verläuft. Reisende, die in die Sowjetunion gefahren sind, berichten, daß die Freiheit proportional der Entfernung von der «Zonengrenze» wächst, daß vor allem das russische Volk auf Grund der Bildungsmöglichkeiten und relativ zur Zeit vor 1953 und vor 1917 keineswegs sich unfrei fühlt. Umgekehrt kann in Amerika ohne jede Behinderung oder gesellschaftliche Disqualifizierung veröffentlicht werden, was in der Bundesrepublik — wie im Fall Frau Prof. Riemeck — gesellschaftliche Disqualifizierung und staatliche Zwangsmaßnahmen hervorruft. Daraus geht meines Erachtens hervor, daß die Gefahr eines machtpolitischen Zusammenstoßes an der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten am größten ist.

Und hier scheint mir nun die Wiedervereinigung wie Schritte zu einer Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten für die weltpolitische Situation, für den Gegensatz Ost-West von Bedeutung zu sein. Würde jene politische Doktrin der Nichtanerkennung der DDR durchbrochen, so gäbe es damit noch nicht gleich die Wiedervereinigung, aber es wäre dies der erste Schritt zu einer Entspannung, an deren Ende vielleicht auch die Wiedervereinigung stehen könnte, die parallel der Entwicklung der weltpolitischen Situation in Richtung auf Entspannung oder auf Vertiefung der Gegensätze gehen wird. So weit es aber an den Bürgern und Regierungen der beiden deutschen Staaten liegt, scheint mir diesen die Aufgabe zuzufallen, von beiden Seiten das Opfer der ideologischen Doktrin zu bringen und den anderen deutschen Staat anzuerkennen.

Als Christ und Theologe sehe ich dies alles allein unter dem Gebot der Nächstenliebe. Auch der Wettbewerb der beiden konkurrierenden Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme hat für mich nur die eine Bedeutung, daß eine Seite erweisen muß, daß in ihr dem Menschen mehr gedient, seine Würde besser gewahrt und für sein Wohl besser gesorgt wird. Damit verbunden ist dann selbstverständlich, daß zu diesem Maßstab auch gehört, in welchem System die Freiheit des Menschen besser gewahrt ist; denn sie gehört mit zu seiner Würde. Aber nun

müßten wir noch einmal über diesen Begriff Freiheit diskutieren, der offensichtlich bei uns von anderen Voraussetzungen verstanden wird als etwa in Rußland und China. Beinhaltet er dort vor allem die Möglichkeit der Entfaltung der Persönlichkeit und wird demgegenüber etwa die parlamentarische Wahl gering geachtet, weil diese Völker sie nie gekannt haben, so sehen wir sie an der in der parlamentarischen Demokratie gewährleisteten Teilhabe an der politischen Entscheidung gebunden. Ich möchte nicht den einen gegen den anderen Begriff abwägen, weil das den Brief überlasten würde. Wesentlich ist mir nur, daß der genannte Maßstab gültig bleibt und nicht durch irgendwelche Ideologien östlicher oder westlicher Richtung, auch nicht durch eine christliche Ideologie beeinträchtigt wird.

In diesem letzten Punkt hoffe ich wiederum mit Ihnen einig zu gehen, daß keine christliche Ideologie und das heißt dann auch keine christliche Dogmatik, nichts von dem, was Sie bei der christlichen Botschaft zurückweisen, diese politische, wirtschaftliche und soziologische Bewertung bestimmen darf, daß es dabei allein darum gehen soll, auf welcher Seite dem Nächsten besser gedient wird. Aber dafür gilt es zunächst die Voraussetzungen zu schaffen, und auch darin hoffe ich mit Ihnen einig zu sein, daß wir alles daransetzen müssen, daß diese Voraussetzungen, eine Entspannung der weltpolitischen Gegensätze, geschaffen werden.

Ich erlaube mir, diesen Brief einigen befreundeten Blättern zu geben, und bleibe mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener Dr. Hans-Werner Bartsch

Lehrfreiheit in Deutschland?

Wir brachten in der Juli/August-Ausgabe der «Neuen Wege» den Artikel «Die Lage nach dem Pariser Gipfeltreffen» von Professor Renate Riemeck. Nicht allen unsern Lesern wird bekannt sein, daß der Verfasserin dieser und ähnlicher Äußerungen wegen das Recht, Prüfungen abzunehmen, entzogen wurde. Diese Maßnahme, vom Kultusminister von Rheinland/Westfalen, Werner Schütz, verfügt, soll eine tapfere Kämpferin für den Frieden und dadurch notwendigerweise auch Gegnerin der Adenauer-Regierung zum Schweigen bringen.

Wir veröffentlichen zu diesen Vorkommnissen einen Brief Professor Riemecks an einen befreundeten Pfarrer, das Protestschreiben des weltbekannten Pädagogen Friedrich Wilhelm Förster an Minister Schütz und einen Kommentar des Hamburger Blattes «Die Andere Zeitung», Nr. 62, 1960.

Prof. Riemeck: Man will nur eine Kritik, die Verhandlungsmöglichkeiten verbaut

Wie uns bekannt wird, haben sich Freunde von Frau Prof. Dr. Renate Riemeck zu einem «Freundeskreis Riemeck» zusammengeschlossen. Die Federführung hat Pfarrer Gottfried Wandersleb, Herne i. W., Bismarckstraße 98a, übernommen. In einer ersten Publi-